

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

159 (11.7.1918)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkassler monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für gedr. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Kühlmanns Sturz.

Aus Berlin schreibt uns unser St.-Mitarbeiter: Während der Reichstagsitzung vom Dienstag, in der die erste Lesung der Kriegskredite auf der Tagesordnung stand, kam die Nachricht, daß Herr v. Kühlmann verabschiedet und der Gesandte in Christiania, Admiral v. Hingst, als sein Nachfolger in Aussicht genommen sei. Die Folge dieses Ereignisses war, daß Genosse Ebert namens der sozialdemokratischen Fraktion die Verweigerung der Vorlage in den Hauptausschuß beantragte, welchem Antrag die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Konservativen zustimmten. In verschiedenen Sitzungen der Fraktionen, des Hauptausschusses und der interfraktionellen Kommission — wird nun die durch den Sturz Kühlmanns neu geschaffene Lage besprochen werden. Ihrem Ergebnis in diesem Augenblick schon vorzugreifen, ist unmöglich.

Das sachliche Urteil der sozialdemokratischen Partei über diesen Fall steht insofern von vornherein fest. In der gesamten auswärtigen Politik des Reiches vor Kriegsbeginn und seit Kriegsbeginn haben wir nicht viel anderes als eine Kette von verhängnisvollen Fehlern erblickt, die nur gelegentlich von leichten Augenblicken durchbrochen wurde. Ein solcher leichter Augenblick war die Rede des Herrn v. Kühlmann vom 24. Juni, die zwar hinsichtlich der Formulierung der Kriegsziele gänzlich unzureichend war, aber doch immerhin durch die Erkenntnis, daß der Frieden die Frucht nicht nur von Waffenfolgen, sondern auch von Verhandlungen sein müßte, den Boden für eine künftige Verständigung in vorzichtiger Weise vorzubereiten schien. Diesem leichten Augenblick folgte aber wieder eine Reihe ungeheurer Fehler, die damit begannen, daß Kühlmann seine Rede vom 24. Juni am 25. Juni schon wieder zurücknahm und die vorläufig in der Entlassung des Staatssekretärs ihren Höhepunkt erreicht hat.

Der Reichskanzler mußte wissen, daß die Entlassung des Staatssekretärs unter den gegebenen Umständen in der ganzen Welt wie eine Mahnung wegen seiner friedensfreundlichen Äußerungen wirken würde, er war daher verpflichtet, diese Entlassung zu verhindern, oder wenn er dies nicht vermochte, selber zu gehen. Anstatt dessen hat Graf Hertling erklärt, daß infolge des Wechsels im Staatssekretariat des Auswärtigen keine Änderung seiner Politik eintreten werde. Mag nun diese Erklärung einer vollständigen Verneinung der Situation entsprechen oder als eleganter Wis gemeint sein, jedenfalls hat sie auf allen Seiten verständnisvolle Seiterkeit hervorgerufen.

Das Verhältnis der sozialdemokratischen Fraktion zum Reichskanzler Grafen Hertling ist niemals ein Vertrauensverhältnis gewesen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Gegenteil von Anfang an dem Grafen Hertling ihr Mißtrauen bewiesen, indem sie erklärte, ohne die Beigabe des Herrn v. Bager als Vizekanzler sei ihre eine Kanzlerschaft Hertling unannehmbar. Heute muß ausgesprochen werden, daß auch die Forderung, Herr v. Bager werde in der Regierung als „Sicherung“ wirken, getrogen hat. Herr v. Bager ging in sein Amt in der ehrlichen Absicht, Vertrauensmann der Linken zu sein, er war aber, mag ihm das schon zum Bewußtsein gekommen sein oder nicht, als Vizekanzler nur der Gefangene anderer Mächte. Ein bis an die Grenze der Angewissenheit reichendes Verantwortungsgesühl hat ihn bisher daran gehindert, sein Amt niederzulegen, und es heißt, daß er auch jetzt, nach dem Sturz Kühlmanns, die Absicht habe, zu bleiben.

Ueber die Persönlichkeit des Herrn v. Hingst, der als Nachfolger Kühlmanns in Aussicht genommen ist, herrscht insofern Uebereinstimmung, als man allgemein in ihm einen Mann erblickt, der sich bestehenden Machtverhältnissen geschickt anpassen weiß. Die Mitteldeutschen haben hinterherum für ihn Stimmung gemacht, während er selber versichert, er sei nicht ihr Parteigänger. Im Uebrigen scheint es uns verhältnismäßig gleichgültig zu sein, was der neue Mann wirklich sein und was er wollen wird. In der Politik kommt es ja in hohem Maße darauf an, für was ein Mann gilt. Und der Nachfolger Kühlmanns kann unter den gegebenen Umständen für gar nichts anderes gelten, als für einen Mann, der mit jenen Kräften Frieden zu halten bestrebt ist, die Kühlmann beseitigt haben. Der ganzen Regierung Hertling-Bayer wird durch diesen Personalwechsel im Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes der Charakter einer bloßen Expositur einer viel mächtigeren Stelle aufgedrückt.

Genosse Scheidemann hat schon in seiner vielbesprochenen letzten Rede ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Fraktion zur Regierung Hertling nicht das Vertrauen habe, ihr den Etat zu bewilligen. Die Entlassung Kühlmanns kann das Vertrauen der Fraktion zur Regierung wahrhaftig nicht stärken, sie ist nur geeignet, das längst vorhandene Mißtrauen aufs äußerste zu vergrößern. Ob die Abstimmung über die Kriegskredite zum Anlaß genommen wird, dieses Mißtrauen nochmals in Form einer Ablehnung der Kredite auszusprechen, hängt von der grundsätzlichen Bedeutung ab, die man dieser Abstimmung beimißt. Sieht man in ihr weiter nichts als das Bestreben zur Landesverteidigung, so bleibt dieses Bestreben natürlich unberührt von dem Urteil über die Politik der Re-

gierung, die Kredite werden auch dann bewilligt werden müssen, wenn man zur Regierung im allerhöchsten Gegenstand steht; würde man freilich die Bewilligung der Kredite, was man keineswegs unbedingt muß, als eine Art Vertrauensvotum für die Regierung auffassen, dann wäre eine Zustimmung zu den Krediten für die sozialdemokratische Fraktion nicht möglich.

Genosse Scheidemann hat in jener Rede, in der er der Regierung den Etat verweigerte, von einer Offensive der Wahrheit gesprochen. Wollen wir selber nach den Geboten dieser Offensive handeln, dann müssen wir aussprechen, daß es in der sozialdemokratischen Partei keinen Menschen gibt, der zum Grafen Hertling Vertrauen hat. Das ist nicht erst durch den Sturz Kühlmanns geworden, es ist längst so, und es gilt auszusprechen was ist.

Deutscher Tagesbericht.

WW. Berlin, 10. Juli. (Nicht amtlich.) Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte heute vor Eintritt in die Tagesordnung der Vizekanzler von Bager, der Reichskanzler habe den Wunsch, sich mit den Abgeordneten über die politische Lage auszusprechen. Der Kanzler kommt morgen früh in Berlin an, worauf dann über die Stunde, zu der an diesem Tage die Besprechungen im Hauptausschuß stattfinden sollen, eine Verständigung herbeigeführt wird. Der Vorjüngende Abg. Ebert nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und will sich über den Beginn der Besprechung morgen mit dem Vizekanzler verständigen. — Hierauf werden die Verträge über die Landgesellschaft Westmark und damit zusammenhängende Fragen weiterberaten.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Im Kemmelgebiet, an der Lys und Somme lebte die Gefechtsfähigkeit in den Abendstunden auf. Nächste Erkundungsvorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Der Franzose setzte seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Royon und östlich der Aisne stieß er mehrfach mit starken Kräften vor und setzte sich in den Geföhsten Forde und des Loges westlich von Authenil, sowie in allen französischen Gräben und nördlich von Longpont fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Feuer abgewiesen. Bei örtlichen erfolgreichen Vorstößen westlich von Chateau-Thierry machten wir Gefangene. Nege Erkundungsfähigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Im Sundgau brachten Stoßtruppen aus französischen Gräben nördlich von Vargischen Gefangene zurück.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

WW. Wien, 10. Juli. Amtlich wird verlautbart: Im Brenna-Tal schlugen unsere Sicherungstruppen einen italienischen Vorstoß ab. Unsere albanische Südfront wurde vor dem Druck starker feindlicher Kräfte über die Linie Berat-Fjerr zurückgenommen. Die Gefechtsberührung war seit gestern früh nur sehr locker.

Italienischer Bericht.

Rom, 10. Juli. (WW. Nicht amtlich.) In dem italienischen Heeresbericht von gestern heißt es u. a.: Unsere in Albanien auf dem linken Flügel nach Feuerorbereitung eingeleiteten Kämpfe dauerten an. Fjerr fiel in unsere Hand. Im Mittelpunkt fielen die vom Feinde verteidigten Stellungen von Casa, Glava und Corocoff in unsere Hand. Wir eroberten auf dem Gipfel der Tomorila die umstrittenen Höhen Casa und Devois. Die Zahl der gemachten Gefangenen beläuft sich auf 1300. Wir eroberten Geschütze, Luftschiffe, zahlreiche Maschinengewehre und machten reiche Beute.

Neue Versenkungen.

Berlin, 9. Juli. (WW. Amtlich.) Von unseren U-Booten wurden im Mittelmeer versenkt: Fünf Dampfer und ein Segler von rund 15 000 TMR.

Ein Tagesbefehl des Sultans.

WW. Konstantinopel, 9. Juli. (Nicht amtlich.) Der Sultan hat folgendes Manifest an Heer und Flotte gerichtet: Infolge des Ablebens des großen Beherrschers der Gläubigen und unseres Obersten Kriegsherrn, meines Bruders des Sultans Mohamed Rejhad V., den wir alle beweinen, übernehme ich den Oberbefehl über Euch und spreche meine kaiserliche Zufriedenheit Euch heldenhaften Söhnen dieses löwenstarken Landes aus. Die Ihr seit Jahren inmitten tauwunderlei Schwierigkeiten der Geschichte der Türkei und des Islam Vorbeeren für meine Dynastie hinzugefügt habt. Auf die Barm-

herzigkeit Gottes vertrauend, gedente ich mit Verehrung der Helden, die ihr Blut auf dem Felde der Ehre vergossen haben. Die Weiden des Krieges, den wir erfolgreich Schulter an Schulter mit unseren heldenhaften Verbündeten fortgesetzt haben, um Glauben und Vaterland zu retten, sind noch nicht zu Ende, aber zweifelt nicht daran, daß der Allmächtige in unserer gerechten Sache wie bisher stets mit uns sein wird und jetzt den Kampf gegen den Feind mit der gleichen Tapferkeit fort. Meine Fahne, die Ihr überallhin ruhmreich vorgetragen habt, möge Euch stets den Weg weisen zum Siege. Der Beistand Gottes und des Propheten schütze meine heldenhaften Söhne! Bahid-Eddin Sultan.

Kleine Kriegsnachrichten.

WW. Bern, 10. Juli. (Nicht amtlich.) Das Landgericht beurteilte den italienischen Journalisten Perri Lettler, Verfasser eines Artikels betitelt: „Dokumente“, zu 15 Tagen Gefängnis, 200 Francs Buße und 100 Francs Gerichtsgebühren wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes.

WW. Bern, 9. Juli. (Nicht amtlich.) „Reit Parisien“ berichtet, die französische Regierung werde ein amtliches Gelübde über die diplomatischen Vorgänge des Krieges 1870/71 herausgeben.

London, 10. Juli. (WW. Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Lord Curzon teilte mit, daß der König und die Königin von Belgien in einem Flugzeug in England eingetroffen sind.

Haag, 10. Juli. (WW. Nicht amtlich.) „Daily Express“ berichtet, daß der Streik in der englischen Flugzeugindustrie sich ausbreitet. 22 000 Personen haben jetzt die Arbeit niedergelegt.

London, 9. Juli. (WW.) Ein Admiralsratsbericht sagt, daß ein englisches Unterseeboot während einer Erkundungsfahrt an der Ostküste Englands am 6. Juli nachmittags von fünf feindlichen Wasserflugzeugen mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen wurde. Ein Offizier und fünf Mann wurden getötet. Das Unterseeboot wurde in beschädigtem Zustande von einem anderen Boote in den Hafen geschleppt.

Bern, 8. Juli. Durch das französische Kriegsgesetz in Mons wurde der zürcherische Bürger Louis Meyer wegen Spionage zum Tode verurteilt. Das politische Departement hat von dieser Verurteilung erst durch die französischen Zeitungen erfahren. Die schweizerische Gesandtschaft in Paris wurde um Bericht ersucht.

Die Lage in Russland.

WW. Amsterdam, 9. Juli. (Nicht amtlich.) Nach einem hiesigen Blatte melden die „Times“ aus Tokio: Der Korrespondent der japanischen Zeitung „Nish“ in Wladimirof berichtet, daß bei den Kämpfen in Wladimirof heftiges Artilleriefeuer gewechselt wurde. Es waren Maschinengewehre aufgestellt, und es kam zu erbitterten Straßenkämpfen. Der Dampfer „Sibirsk“ der russischen Freiwilligen-Flotte, der zahlreiche Treffer erhielt, entkam aus dem Kampfe.

Moskau, 8. Juli. (WW. Nicht amtlich.) Die Presse meldet: Am 28. Juni sind im Hafen von Archangelsk etwa 10 000 Franzosen und Serben gelandet. Der kommandierende General erklärte, er solle Stadt und Land vor dem Ueberfall deutscher Kriegsgefangener schützen. Es werden Nahrungsmittel an die Bevölkerung verteilt. Die Bahnen im Gouvernment Samara sind in Belagerungszustand erklärt.

In einer Bekanntmachung der Regierung wird der Aufstand der linken Sozialrevolutionäre als niedergeschlagen bezeichnet. Die Stadt zeigt wieder das normale Bild. Der Eisenbahnverkehr ist vorläufig unterbrochen. In der Richtung Jekaterinburg-Tscheljabinsk rücken die Kätetruppen gegen Tschachen und Rosakensiegreich vor, ebenso in der Richtung auf Tobolsk. Im Kubangebiet wurden die Stationen Weliko, Kajaschskaja und Tschegensaja von Rosaken besetzt.

Berlin, 10. Juli. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Moskau berichtet, ist ein Anschlag auf ein Mitglied des bolschewistischen Kriegsrates, den früheren Stadtkommandanten von Petersburg, Blagowarow, verübt worden. Einige Unbekannte feuerten mehrere Revolverkugeln auf ihn ab, als er sich auf der Rückfahrt von einer Sitzung des Kriegsrats nach seiner Wohnung befand. Blagowarow blieb unverletzt. Die Vererber des Anschlages entkamen.

Zur Mordtat in Moskau.

Berlin, 10. Juli. Ueber die Ermordung des Grafen Mirbach erfährt der „Berl. Lokalanz.“ nach Mitteilungen von Augenzeugen folgende Einzelheiten: Die deutschen Herren hatten mit den beiden Mördern an einem Marmortisch in der Mitte des Zimmers Platz genommen und zwar in niederen tiefen Lederstühlen, die deutschen Herren auf der einen, die russischen Herren auf der anderen Seite. Die Mörder konnten unauffällig unter der Platte des Marmortisches ihre Waffen

dereits, während ihre Opfer in ihrer juristisch geordneten Lage ein bequemes Ziel boten. Die Täter begannen in Affenbindeln zu suchen, um die Aufmerksamkeit der deutschen Herren abzulenken. Sie zogen unter dem Tisch ihre Waffen hervor, sprangen mit erhobenen Revolvern auf und begannen zu feuern, der eine auf den Gesandten, der andere auf die beiden anderen Herren abwechselnd. Gegenwehr war den deutschen Herren, die unbewaffnet waren, in den ersten Sekunden nicht möglich. Der Gesandte Graf Mirbach war gleich bei den ersten Schüssen am Hinterkopf getroffen worden. Auf die Schüsse eilten Leute aus den Nebenzimmern herbei. Bevor die Mörder zum Fenster hinaus sprangen, warfen sie beide Handgranaten. Nur eine explodierte. Die Sprengstücke trafen den Grafen Mirbach und wirkten sofort tödlich.

Moskau, 10. Juli. Am Montag nachmittag hat im Hause der deutschen diplomatischen Vertretung eine intime Trauerfeier am Sarge des Gesandten Grafen Mirbach stattgefunden. Nach einem von Dekan Selinsky geleiteten Requiem sprachen der kaiserliche Geschäftsträger Wirklicher Legationsrat Kiezler, ferner der der Hauptkommission für Gefangene beigeordnete Professor Hunzinger von der Michaelsgemeinde in Hamburg und der türkische Gesandte Cahlib Kemal Bey Worte des Abschieds. Abends wurde die Leiche auf dem Alexanderbahnhof übergeführt, um nach Deutschland gebracht zu werden. Mitglieder der deutschen Mission und der in Moskau tätigen Kommissionen folgten dem blumengeschmückten Wagen. Auf dem Bahnhof errichtete der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin, um nochmals die tiefe Teilnahme der russischen föderativen Republik zum Tode des edlen Mannes auszusprechen, der für die Sache des Friedens gestorben sei.

Berlin, 10. Juli. (Nicht amtlich.) Heute Abend ist die Leiche des in Moskau ermordeten kaiserlichen Gesandten Grafen von Mirbach in Berlin eingetroffen, begleitet von dem Bruder des Verstorbenen, Major Freiherr von Mirbach und dem Legationsrat Grafen von Bassewitz von der deutschen diplomatischen Vertretung in Moskau. Am Bahnhof hatte sich der kaiserliche Gesandte Graf von Wedel mit Legationssekretär Meyer eingefunden. Die Leiche wurde sofort nach Garz im Rheinland weitergeleitet, wo auf dem Stammsitz der Familie die Beisetzung stattfindet. Im Hause der nächsten Woche findet in Berlin ein feierlicher Trauergottesdienst für den Verewigten statt, der unter so tragischen Umständen im Dienste des Vaterlandes den Tod fand.

Kerenski in Paris.

Paris, 10. Juli. Meldung der Agence Havas. Der parlamentarische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat Kerenski empfangen. Die Mitglieder der Ausschüsse des Senats und der Kammer für auswärtige Angelegenheiten waren zusammenberufen. Den Vorsitz in der Versammlung führte Franklin Bouillon. Sehr zahlreiche Parlamentarier hatten sich eingefunden. Kerenski erklärte, er habe einfach als russischer Bürger den Wunsch, sich mit Politikern aller Parteien zu verständigen über die besten Mittel, seinem Vaterlande die volle Stärke des Handels wiederzugeben. Er schilderte die Lage Rußlands und zählte die Maßnahmen auf, die in gemeinsamen Interessen Rußlands und der Alliierten sofort zu ergreifen seien. Kerenski wies auf die Gefahr hin, die Rußland laufe, infolge des Friedens von Brest Litowsk, dessen Folge gewesen sei, daß Deutschland seine Hand täglich stärker auf das Land lege. Er bekräftigte sofortiges brüderliches Einschreiten der Alliierten, um den gemeinsamen Kampf gegen die Mittelmächte auf russischem Boden fortzusetzen. Franklin Bouillon dankte dem Redner und versicherte ihm unter einstimmiger Zustimmung der Anwesenden des einmütigen Willens aller Parteien, Rußland weiterhin als Alliierten zu betrachten. Er fügte hinzu, daß alle diejenigen in Rußland, die den Kampf wieder aufnehmen wollten, des absoluten Beistandes Frankreichs versichert sein dürften.

Tarasz Bulba.

Von Nikolai Gogol.

(Fortsetzung.)

Der Hetman und die Kosaken blieben zurück; sie verankerten in Gedanken und schwiegen lange Zeit, wie wenn eine schwere Borahnung sie bedrückte. Tarasz hatte die Wahrheit gesagt. Es kam ganz so, wie er es vorausgesehen hatte. Kurze Zeit darauf, nach dem Verrat von Kanewo, ward der Kosak des Hauptmanns und mit ihm der vieler vornehmer Würdenträger, auf einen Pfahl gesteckt und öffentlich zur Schau gestellt.

Was aber geschah mit Tarasz? Er stürzte mit seinen Leuten durch ganz Polen, brannte achtzig Städtchen und ungefähr vierzig Kirchen nieder und rückte schon gegen Krakau vor. So manchen Edelmann hatte er schon niedergemacht und die reichsten und schönsten Schlösser geplündert. Die Kosaken öffneten die Wein- und Metzfässer, welche jahrhundertlang im Keller der polnischen Herren gelagert hatten, und ließen den köstlichen Wein auf den Boden laufen, schnitten die kostbaren Stoffe in Stücke und verbrannten die Gewänder und Bierate, die sich in den Kammern befanden. „Schont mir nur nichts“, wiederholte Tarasz fortwährend, und die Kosaken schonten selbst die schwarzäugigen Fräulein mit dem weißen Busen und den lieblichen Gesichtern nicht, nicht einmal vor den Altären fanden sie Schutz vor ihnen; Tarasz ließ sie mit dem Altären verbrennen. Man sah schneeweiße Hand hob sich flehend aus der feurigen Glut zum Himmel: bei ihrem jämmerlichen Geschrei hätte die Erde selbst sich erweicht, und das Gras der Steppe hätte sich mitleidig zu Boden geneigt. Aber die graulichen Kosaken achteten auf nichts, sie wippten auf den Straßen die Säuglinge auf ihre Lanzen und schleuderten sie ihnen in die Flammen nach. „Da ihr verdammten Polen, das ist die Totenfeier für Ostap“, wiederholte Tarasz beständig. Und solche Totenfeiern für Ostap veranstaltete er in jedem Dorfe, bis die polnische Regierung endlich erkannte, daß Tarasz Töben mehr bedeutete als ein einfaches Rauben, sie erteilte daher Potozki den Auftrag, mit fünf Regimenten auszugehen, um Tarasz unerbittlich zu fangen.

Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.

Wien, Salzburg, 9. Juli. (Nicht amtlich.) Die wirtschaftlichen Besprechungen der Regierungsvertreter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands wurden vormittags von dem Sektionschef Graf und Wirkl. Geheimen Rat Körner mit Begrüßungsansprachen eingeleitet, die in dem Wunsch ausklangen, die Verhandlungen möchten einen für die wirtschaftlichen Interessen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gedeihlichen und befruchtenden Verlauf nehmen. In der heutigen Vorberatung, die sich mit der Aufstellung allgemeiner Richtlinien für die Verhandlungen beschäftigte, nahmen je drei Delegierte der Oesterreichischen und der ungarischen Regierung teil.

Ein neuer Gewerkschaftsverband.

Amsterdam, 10. Juli. (Nicht amtlich.) Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ aus London vom 10. Juli erfährt, besteht der Plan, einen riesigen Gewerkschaftsverband nach dem Kriege zu gründen, der, wie man hoffte, ein internationales Bureau einrichten werde, dem Vertreter der Arbeiterkraft aus England, Amerika, aus Kolonien, sowie den Ländern der Alliierten und Neutralen angehören werden. Die Anzahl der Mitglieder dieses Verbandes würde ungefähr neun Millionen betragen. In einer vorbereitenden Versammlung, die gestern im Unterhause abgehalten wurde, beschloßen die Delegierten des englischen Gewerkschaftskongresses, der 2½ Millionen Mitglieder vertritt, so schnell wie möglich eine internationale Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus den alliierten und neutralen Ländern, den Vereinigten Staaten und den Dominions einzuberufen, um die Frage der Formulierung einer Gewerkschaftspolitik für die Zeit während des Krieges und nach dem Kriege zu besprechen. In der Konferenz wurde gleichzeitig die Möglichkeit der Ernennung von Arbeitsergeandten aus den bedeutendsten Ländern beschlossen, die als Agenten und Korrespondenten der Gewerkschaftsbewegung den Nachrichtendienst über alles, was die Bewegung angeht, verrichten sollen. Dieser Vorschlag ist eine Folge der Verhandlungen, die während der Anwesenheit der amerikanischen Arbeiterdelegierten in England gepflogen wurden. Eine Unterkommision ist ernannt worden, um einen endgültigen Plan auszuarbeiten. Später wird eine andere Konferenz abgehalten werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Juli.

Am Bundesratspräsident Graf Röber, Schiffer. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die zweite Lesung der Steuerentwürfe wird fortgesetzt und zwar bei der Veränderung des Reichssteuersteuergesetzes.

Abg. Bernheim (N. Soz.): Der Warenumschlagsteuer stehen wir ablehnend gegenüber. Die Besteuerung der Urkunden auf Erziehung von Gesellschaften in der Höhe von 5 Prozent ist für neu zu gründende Gesellschaften untragbar. Dieser Betrag würde die erste Jahreserinnahme bedeuten. Wir sind grundsätzlich Gegner jeder Verkehrsabgabe. Die Kapitalabgabe werden wir prüfen und unter Umständen sogar eine Erhöhung vorschlagen.

Zu Artikel 6 (Kauf- und sonstige Anlagengeschäfte) liegt ein Kompromissantrag Göder, Reil, Müller-Weinigen, Stresemann, Warmuth, Westarp vor, für die Dauer des gegenwärtigen Kriegszustandes für Geschäfte in in- und ausländischen Aktien, Aktienanteilscheinen, Reichsbankanteilscheinen, Pagen, Bezugsscheine, Abtretungs- und Genussscheine den Steuerfuß auf drei vom Tausend festzusetzen. Dieser Steuerfuß kann auf zwei v. L. ermäßigt, aber auch auf vier vom Tausend erhöht werden. — Die Kommission hatte zwei vom Tausend beschloßen, während des Krieges sollte ein weiterer Zuschlag von drei vom Tausend eintreten.

Abg. Reil (Soz.): Wir als Vertreter der breiten Massen haben keinen Anlaß, die Interessen der Börse besonders zu schützen. Die Kriegsgeldmünzsteuer ist noch lange nicht scharf genug, sonst würde die wüste Spekulation nicht eingeseht haben. Eine Straf-

steuer wollen wir nicht einführen. Ist aber das große Geschäft da, dann braucht der Fiskus keine besonderen Rücksichten zu nehmen.

Abg. Pfleger (Zentr.): Leicht ist dem Reichstage die Behandlung der Börsensteuer nicht gemacht worden. Selbst der Handelsrat der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat gegen die Abgeordneten eine Stellung eingenommen, die man demagogisch nennt. Hierzu kam die Bewegung an der Börse, die sogar zu Streiks führte. Der Reichstag wird sich aber nicht irren lassen.

Abg. Dove (F. Sp.): Die Manöver an der Börse beurteilen auch wir. Die Erhöhung gegen den jetzigen Steuerfuß ist erheblich, aber wohl zu tragen. Daß die Kriegsanleihe ganz frei gelassen werden sollte, wäre nicht richtig. Die Kriegsanleihe bleibt immer noch ein bevorzugtes Papier.

Abg. Zimmermann (Nal.): Eine Besteuerung der Kriegsanleihen können wir nicht betreten. Schreden wir wegen der acht Millionen Steuern die deutschen Sparer nicht vor der Zeichnung der bevorstehenden neuen Kriegsanleihen zurück.

Abg. von Brockhausen (Konf.): Die Notwendigkeit der Börsenbesteuerung kann nicht bestritten werden. Wir sind nicht überzeugt worden, daß ein Steuerfuß von fünf vom Tausend zu hoch ist. Wir sind aber zu Entgegenkommen bereit und schließen uns dem Kompromissantrag an.

Abg. Warmuth (Schl. Frak.): Von einem Ruin des Börsengeschäftes kann keine Rede sein. Die Börse ist alle Zeit gesondert worden, deshalb ist sie jetzt, wo es sich um ihre Interessen handelt, besonders empfänglich.

Abg. Bernheim (N. Soz.): Der Gedanke, mit der Steuer die Spekulation zu treffen, ist nicht haltbar. Die Kriegsgewinnler sind doch gewissermaßen Einbringlinge an der Börse. Der reelle Verkehr wird sehr geschädigt. Verschneidet man die Kriegsgewinne einzelner Unternehmungen, dann trifft man das Uebel an der Wurzel. Dieses Gelegenheitsgeschlecht lehnen wir ab.

Abg. Nieber (Nal.): Ich möchte gegen die übermäßige Anspannung der Börsensteuer meine warnende Stimme erheben. Eine Strafsteuer darf nicht eingeführt werden. Das wäre gefährlich für die Zukunft nicht nur der Börse, sondern des ganzen deutschen Wirtschaftslebens.

Der Artikel wird angenommen. — Die Abstimmung über den Kompromissantrag erfolgt bei Artikel 26.

Artikel 7 regelt die Lantien- und Dividendensteuer für die Aufsichtsratsmitglieder. — Die Vorlage scheidet 20 Proz. vor.

Abg. Reil (Soz.): Ich möchte gegen die übermäßige Anspannung der Börsensteuer meine warnende Stimme erheben. Eine Strafsteuer darf nicht eingeführt werden. Das wäre gefährlich für die Zukunft nicht nur der Börse, sondern des ganzen deutschen Wirtschaftslebens.

Reichshaussekretär Graf Röber: Ich bitte es bei dem Beschluß der Kommission zu lassen. Die Regel ist es nicht, daß die Dividende ein müßeloser Gewinn ist. Die vorgeschlagenen Sätze übersteigen alles Maß. Die Gesellschaften werden schon anderweitig genügend erfaßt.

Abg. v. Trampuschnski (Pol.): Ich halte die Dividende für einen müßelosen Gewinn. Die Lantienverteilung ist geradezu ein Unfug geworden. Es gibt Personen, die bis zu 65 Aufsichtsratsposten haben.

Abg. Bernheim (N. Soz.): Im allgemeinen trifft der müßelose Gewinn zu. Die Steuer sollte aber von den Personen und nicht von den Gesellschaften getragen werden.

Abg. Dr. Dohy (Soz.): Ich bekräftige einen besonderen Artikel 7a, wonach Einnahmen aus Fideikommissen mit 10 Proz. belegt werden sollen. Die Fideikommissen seien für eine gesunde landwirtschaftliche Entwicklung die größte Gefahr.

Abg. Waldhain (F. Sp.): Wir stimmen dem Antrag zu.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.): Wir müssen den Antrag ablehnen. Es würde einen Eingriff in die einzelstaatlichen Steuerrechte bedeuten. Uebelstände im Fideikommisswesen beseitigt ich nicht.

Ueber den Antrag wird namentlich abgestimmt. Von 238 Abgeordneten stimmen 133 dafür und 154 dagegen, zwei enthalten sich der Stimme. — Der Antrag ist somit abgelehnt.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Wir hier verzeichnen und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Buchhandlung bezogen werden.)

Neue Kriegsbeschädigten-Literatur.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat zwei neue Flugchriften herausgegeben. In der einen legt der Bundessekretär Erich Hoffmann in knapper Form, aber erschöpfend, die sozialpolitischen Forderungen der Kriegsbeschädigten dar, und erst in dieser gedrängten Zusammenfassung tritt deutlich hervor, auf wie vielen Gebieten die Kriegsbeschädigten eigene Interessen wahrzunehmen haben u. an gefunden sozialen Verhältnissen interessiert sind. — In einer weiteren Broschüre rechnet der Bund mit dem Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter (Eich Essen) ab. Es weist der Nachweis geführt, daß diese Vereine durchweg engste Anlehnung an das Unternehmertum suchen und von diesem materiell abhängig sind. In seinem Geiste vertreten sie auch die Forderung nach Fortsetzung des Krieges bis zur Erlangung hoher Kriegsentfädigung. Daneben wird der Vorsitzende dieser Vereinigung, Hans Adorf, der Vertrauensmann Krupp's, nach amtlichen Zeugnissen in seiner ganzen Unzuverlässigkeit und maßlosen Stilleit abgemalt. — Beide Broschüren sind vom Bundesverlag, Berlin SW. 68, für je 30 Pfg. zu beziehen.

Plutus. Kritische Zeitschrift und Finanzwesen (Herausgeber Georg Vernhard). Inhalt vom 27. 28. Heft des 15. Jahrgangs: Petroseum. — Volkswesen. Von Hans Goslar. — Deutsche Finanzreform VIII. Von G. B. — Reine der Presse: Ein Raub deutscher Farbenteppiche. — Die Rücklagen für die Kriegsgewinnsteuer und die Lantienpflicht. — Angestelltenpekulation. — Ein interessantes Preisauschreiben. — Die Einbruchdiebstähle in Berlin. — Umschau: Kleinhandels-Zusammenlegungen. — Kunststeuern. — Gedanken über den Geldmarkt. Von Justus. — Plutus-Merkmal. — Wochenmarktpreise für Mai 1918. — Plutus-Archiv: Literatur. — Abonnement vierteljährlich per Post, Buchhandlung und direkt vom Plutus-Verlag 6 M., Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag, Berlin W. 62, Kleiststraße 21.)

Berbt fortwährend neue Abonnenten!

Nr. 159. Artikel die Verkauf... unternehmen... von Tausen... Ausschüsse... lassen und... Gängen... Abg. B... der Spar... Abg. B... lassen, G... Die Befra... aus Geschäft... Staatsf... des Ausfu... woffentlich... Antrages W... tion und... mung bleibt... geordnete fü... it somit an... Teil des An... dafür die B... Deutsche Fr... ganze Antra... Artikel 6 A... schüssel. —... men. — De... Es bleib... sprache ange... Hierauf... Gesellschaften... Kommission... einer aufer... vom Vermö... Aufserdem... geändert. Di... 10 000 M... 10 000 M... 30 Proz., 10... Abg. Be... fähig. — Der... fängigen Soz... Kriegsabgabe... Das Ge... nommen. —... auf Donner... Die Str... tur und W... prastreit bego... während am... militärischem... schenfälle mer... und Angef... Eine A... Deutsche Ze... lichen an di... fien eine di... fchen Zentr... gelegt sind... ruf-an die... für die B... genden Gef... Politik. Unt... logi-irritisch... und Stellung... unhoffen: 25... Die G... der auswärts... oberungspolit... nismus fern... deutlichen We... das der deut... Die Heife... Kriegsgesch... den voransch... Die „W... beiterzeit... fahre nicht g... jeht wieder... stellung in d... Beruf, die m... zu vereinigen... auf das urfp... fall heranl... Auch bei... legen, denn i... beiterzeitung... maßgebender... Defant“ zu be... 25jährig... An verga... Deutschlands... des. Die Zei... der Bedeutun... fundheit und... ist, wenn die... nicht ohne ein... und schlichter... Publikum ma... ooständlichem... men (Stuoku...

Artikel 8 betrifft die Besteuerung der Geldumfänge aller für die Beschaffung und Darlehnung von Geld dienenden Geschäftsunternehmen. Hierfür ist eine Staffelung vorgegeben von fünf vom Tausend bis sechs vom Hundert. Ermäßigung ist nach dem Ausschussbeschluss vorgezogen für die Genossenschafts-Darlehensstellen und die öffentlichen Sparkassen. Befreit sein sollen die Gabelzinsen aus Reichs- oder Staatspapieren.

Abg. Keil (Soz.) befragt einen Antrag auf Befreiung der Sparkassen, gegebenenfalls auch der nicht-öffentlichen.

Abg. Warmuth (Dtich. Fkt.) beantragt, die öffentlichen Sparkassen, Genossenschaften und deren Verbandsklassen frei zu lassen. Die Befreiung soll nicht eintreten für den Umsatz der Sparkassen aus Geschäften, die dem eigentlichen Sparkassenvertrieb fremd sind.

Staatssekretär Graf Ribbentrop: Ich bitte es bei den Beschlüssen des Ausschusses zu lassen. Es wird dort schon genügend den Genossenschaftsklassen Rechnung getragen. — Für den ersten Teil des Antrages Warmuth stimmen die Konservativen, die Deutsche Fraktion und beide sozialdemokratische Fraktionen. — Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Sammelspruch ergibt, daß 162 Abgeordnete für den Antrag und 117 dagegen stimmen. Der Antrag ist somit angenommen. — Bei der Abstimmung über den zweiten Teil des Antrages ist wiederum Sammelspruch nötig. Es stimmen dafür die Fortschrittler, Nationalliberalen, das Zentrum und die Deutsche Fraktion mit 156 Abgeordneten, dagegen 123. — Der ganze Antrag ist somit angenommen. — In dieser Fassung findet Artikel 8 Annahme, die weiteren Artikel in der Fassung des Ausschusses. — Bei Artikel 26 wird der Kompromißantrag angenommen. — Der Rest der Vorlage wird genehmigt.

Es bleibt das Wegfallstempelgesetz, das ohne Aussprache angenommen wird.

Hierauf tritt das Haus in die Beratung der Kriegsteuern der Gesellschaften für das vierte Kriegsgeschäftsjahr ein. — Die Kommission hat die Abgabepflicht der Einzelpersonen hinsichtlich einer außerordentlichen Kriegsabgabe vom Jahreserwerb und vom Vermögen eingefügt und den Namen des Gesetzes in „Außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918“ abgeändert. Die Abgabe vom Jahreseinkommen beträgt für die ersten 10000 M. 5 Proz., für die zweiten angefangen über bis 20000 M. 10 Proz., für 30000 M. 20 Proz., 50000 M. 30 Proz., 100000 40 Proz. und darüber 50 Prozent.

Abg. Bernlein (U. Soz.) beantragt Erhöhung dieser Staffelföhe. — Der Antrag wird abgelehnt, ebenso der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Erhöhung der Staffelföhe bei der Kriegsabgabe vom Vermögen.

Das Gesetz wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. — Daran schließt die Weiterberatung der Steuererträge auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. — Schluß 1/2 8 Uhr.

Ausland.

Die Streikbewegung in der Schweiz. Die Streiks in Winterthur und Yverdon sind beendet. Dagegen hat in Lugano der Generalstreik begonnen. Alle Geschäfte waren am Montag geschlossen, während am Dienstag ein Teil der Betriebe und Läden unter militärischem Schutz wieder geöffnet worden ist. Besonders Protestfälle werden trotz der allgemeinen Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an den Streiks bisher nicht gemeldet.

Deutsches Reich.

Eine Rundgebung der Deutschen Zentrumspartei. Die Deutsche Zentrumspartei tritt mit neuen umfassenden Richtlinien an die Öffentlichkeit. Die Zentrumsblätter veröffentlichen eine große Rundgebung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei, in der die Beschlüsse vom 30. Juni festgelegt sind. Die Rundgebung besteht erstens aus einem Aufruf an die Parteigenossen, zweitens aus den Richtlinien für die Parteiarbeit. Letztere ist gegliedert nach folgenden Gesichtspunkten: Verfassung, äußere Politik, innere Politik. Unter die innere Politik entfallen religiös-sittliche und sozialwirtschaftliche Forderungen, Finanz- und Steuerfragen und Stellungnahme zu den Kriegesfolgen. Die Richtlinien umfassen 25 Punkte.

Die „Germania“ äußert sich über die Richtlinien in der ausländischen Politik u. a. wie folgt: Wir sind keine Erbschaftspolitiker, wir halten uns vom alldeutschen Amerikanismus fern, aber wir fordern Sicherung und Ausbau der deutschen Weltstellung in jeder Hinsicht und ein Kolonialgebiet, das der deutschen Wirtschaftsbedürfnissen genügt.

Die fleischlosen Wochen. Die von dem Staatssekretär des Reichsernährungsamts angekündigten fleischlosen Wochen werden voraussichtlich im September und Oktober eingeführt.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Wir erwähnten kürzlich, daß uns die „Wiener Arbeiterzeitung“ trotz der Aufhebung des Verbots der Einfuhr nicht zugehe und möchten nun mitteilen, daß wir das Blatt jetzt wieder erhalten. Uebrigens hat sich ergeben, daß die Nichtzulassung in der letzten Zeit nicht sowohl durch eine Weisung der Zensur, die mit dem im Reichstage gegebenen Zusicherungen nicht zu vereinigen gewesen wäre, sondern durch einen nur mittelbar auf das ursprüngliche Verbot zurückzuführenden postalischen Zufall veranlaßt worden war.“

Auch bei uns scheint sich ein „postalischer Zufall“ vorzutragen, denn innerhalb drei Wochen ging uns die „Wiener Arbeiterzeitung“ ganze drei Mal zu. Vielleicht bemüht man sich an maßgebender postalischer Stelle, nun auch noch diesen „postalischen Zufall“ zu beheben.

25jähriges Bundesjubiläum des Arbeiter-Turnerbundes.

Am vergangenen Sonntag feierten die Arbeiterturnvereine Deutschlands das 25jährige Bestehen des Arbeiter-Turnerbundes. Die Zeit ist gewiß nicht angetan, Feste zu feiern, allein die Bedeutung des Arbeiter-Turnerbundes als Organisation der modernen Arbeiterbewegung zur Förderung der Volksgesundheit und der Volkskraft ist eine so große, daß es begreiflich ist, wenn die Arbeiterturner das Silberjubiläum ihres Bundes nicht ohne eine feierliche Veranstaltung, wenn auch in würdiger und schlichter Weise vorübergehen zu lassen gewillt waren. Das Jubiläum war verbunden mit einer Bundesturnfahrt und volkstümlichen Wertungsturnen für Turner und Turnerinnen (Ruederwerk, Dreisprung und 100 Weizenlauf);

die Teilnehmer am Wettkampf mußten die mindestens 10 Kilometer betragende Wanderung mitgemacht haben.

Ein graues Gesicht machte der Himmel am Sonntag morgen — ein anderes war zwar auch nicht begehrt, denn auf die nassen sowie auch sonstigen „Segnungen“ von „oben“ verzichten die Turner gerne — als die freien Turner des 3. Bezirks programmgemäß sich im Klippurrer Wald trafen, um jodann gemeinsam über Klippurr nach dem Festort Bulach — das teilweise besagte war — auf den Festplatz bei Scheibenhart zu wandern.

Nach kurzerrast entwickelte sich auf dem Festplatze ein richtiges Turnerleben. Die Wettkämpfer traten an, insgesamt 98 Turner und 10 Turnerinnen. Alle waren sichtlich demüht, ihre Bestes zu bieten. Wie lange Arbeitszeit und unzureichende Ernährung besonders bei den jungen Arbeitern nachteilig wirken, sieht man am besten bei den Jugendturnern von 14—18 Jahren, die z. B. beim Ringelwerfen, das neben einem guten Training auch einen gewissen Kraftaufwand erfordert, durchschnittlich keine hohen Leistungen aufwies. Nach dem Wertungsturnen fanden noch Sonderwettkämpfe und Stabweitspringen statt. Nach der Mittagspause zeigten die Turner, daß Faustball- und Schlagballspiel in den Arbeiterturnvereinen gut gepflegt werden. Den Spielen folgte der Dreikampf der Schüler, an dem sich 34 beteiligten. Zur Freude jedes Kinderfreundes muß konstatiert werden, daß liebes Kerlchen mit fröhlichem Stolz und Ernst und dennoch freudig an ihre Arbeit gingen, die Leistungen haben auch die erwähnten Eigenschaften entprochen. Derselben freudigen Gesichter waren zu sehen, als unser Jungvolk im volkstümlichsteigen Alter zu den Freibewegungen antrat, die unter Leitung ihres Turnwarts Siebert, Karlsruhe vorzüglich klappten. Die gleich gute Note verdienen die allgemeinen Freibewegungen der Turner und Turnerinnen, welche Bezirksturnwart Hörmann, Karlsruhe leitete, die ein schönes Bild boten und eine gute Wirkung hinterließen. Anschließend an die Freibewegungen hielt Bezirksvertreter Göll-Darland eine feierliche Ansprache, in der er auf die Umstände hinwies, die verurachten, daß gegenüber früheren Veranstaltungen jetzt nur ein so kleines Häuflein von Turnern anwesend sei. Der Krieg habe auf den Bestand der Vereine verberbernd gewirkt und die sog. „spanische Krankheit“ beinträchtigt auch noch die Teilnahme vieler Turner an der heutigen Veranstaltung. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, jederzeit für die Arbeiterturner zu wirken, denn die große Masse der Arbeiterkinder stehe uns noch fern, schloß die Rede. Göll-Darland wurde durch die übliche Ehrenföhrung, der Festplatz leerte sich, aber das vorgezeichnete Programm hatte auch vollständig seine Erledigung gefunden. Beteiligt haben sich an dem Feste die Vereine Aue, Bulach, Darland, Durlach, Forchheim, Karlsruhe, Rintheim, Mörch, Pforzheim und Pforz a. Rh.

Die Arbeiterturner bewiesen mit dieser Veranstaltung wieder aufs neue, daß Turnen und Spiel trotz mangelhafter Ernährungsverhältnisse und Ueberarbeitung bei ihnen eine würdige Stätte haben und daß ihre Lebungsstunden befruchtend sind, den Arbeiter und dessen Nachwuchs durch die vielfältigste Form der Leibesübungen zu kräftigen und gesund zu erhalten.

Der Abend vereinigte sodann die Turner und Turnerinnen und ihre Angehörigen und Freunde der Arbeiterturner zu einem gemütlichen Beisammensein beim Festbankett im „Appollo“-Theater in Karlsruhe. Auch diese Veranstaltung stand jedoch ganz im Dienste turnerischer Arbeit, hier zeigten nochmals verschiedene Vereine des Bezirks ihr Können, wir erwähnen ein zur Eröffnung des Abends gestelltes prächtiges lebendes Bild durch die Freie Turnerschaft Karlsruhe, dann sauber und geradelt ausgeführte Freibewegungen der Turngenossen von Darland, ein sehr hübsch gelungener Windstehreigen der Bulacher freien Turner, flott und sicher vorgeführte Reulienübungen der Karlsruher freien Turnerinnen, das Vorturnen der Bezirks-Musterrege und die von 70 Karlsruher Turner und Turnerinnen gestellten Pyramiden; alles Leistungen, die erkennen ließen, wie alle Zweige des turnerischen Betriebs in der freien Turnerschaft sorgsame Pflege finden. Als letzte turnerische Nummer führten Schüler Freibewegungen vor, die allseitig Bewunderung und Beifall fanden. Umrahmt wurden die Darbietungen durch trefflich ausgeführte Musikvortrüge des Harmonie-Orchesters unter Leitung von Herrn R. Wöhringer. Im Mittelpunkt des Banketts stand die Festrede des Kreisvertreter Z. Giese, der in trefflichen Ausführungen die Arbeit des Arbeiter-Turnerbundes in den verflochtenen 25 Jahren würdigte, seine Kämpfe und sein Ringen gegen Unverständnis und Bosheit. In scharfer Zeichnung legte er den Unterschied zwischen Arbeiter-Turnerbund und Deutscher Turnerschaft dar, im überzeugender Weise zeigte er, wo der Platz der organisierten freien Arbeiter ist. Prächtige Worte fand er zum Schluß zur Frage der Jugendziehung, wo er zeigte, welches die Ziele des Arbeiter-Turnerbundes sind gegenüber den Zielen der bürgerlichen Jugendziehung. Hier Zwangsziehung, der Unteroffizier schon in der Kindersche, dort aber freie Erziehung zu selbstbewußten Menschen, die offenen Auges in die Welt schauen. Die Rede klang aus in der Bitte an die Arbeiterturner, dem Arbeiter-Turnerbund in seinen schönen Zielen die Treue zu wahren, ihn zu fördern, ihm die Jugend zuzuföhren und es ihm so zu ermöglichen, daß er auch fernherhin den Kämpfen und Anfechtungen gegenüber standhalten kann und auch in den kommenden 25 Jahren sich als ein mächtiges, starkes Glied in der modernen Arbeiterbewegung erweise. Die Rede fand sehr starken Beifall. — Der Arbeiter-Turnerbund hat gezeigt, daß er es versteht, Feste zu feiern, seinen Veranstaltungen einen feierlichen Charakter zu geben, auch wenn sie ganz im Rahmen turnerischer Arbeit stehen. Er kann mit Stolz auf seine Jubiläums-Bundesturnfahrt zurückblicken.

Das Ergebnis des volkstümlichen Wertungsturnens ist durchschnittlich ein gutes, zum Teil wurden erstklassige Leistungen erzielt. Wir veröffentlichen nachstehend die jeweiligen ersten zehn dem Range nach:

1. Klasse A (18—25 Jahre alt): 1. Wöhringer, Aue, 60 Punkte, 2. Michael, Durlach, 51, 3. Schinzel, Aue, 47, 4. Stes, Rintheim, 42, 5. Moos, Darland, 30, 6. Wör, Pforzheim, 28, 6. Hörmann, Karlsruhe, 28, 7. Siebert, Karlsruhe, 24, 8. Ragg, Karlsruhe, 18, 9. Schöple, Bulach, 14 Punkte;

2. Klasse B (16—18 Jahre): 1. Ebel, Rintheim, 52 Punkte, 2. Klee, Aue, 46, 3. Waffert, Pforz, 39, 4. Sellmann, Pforz, 35, 5. Sigelberger, Pforz, 34, 5. Reisch, Pforz, 34, 6. Riffner, Forchheim, 34, 6. Kappler, Aue, 33, 7. Ulmer, Aue, 32, 7. Hügel, Pforz, 32, 8. Diebel, Pforz, 31, 9. Lubwig, Aue, 29, 10. Kirchenbauer, Pforzheim, 28 Punkte;

3. Klasse C (14—16 Jahre): 1. Manzel, Karlsruhe, 56 Punkte, 2. Weber, Darland, 48, 3. Schreier, Rintheim, 43, 4. Reisch, Pforz, 42, 5. Weber, Darland, 38, 6. Dertel, Pforz, 37, 7. Rohner, Karlsruhe, 35, 8. Glaas, Karlsruhe, 32, 9. Sammann, Pforz, 31, 10. Armbrust, Bulach, 30, 10. Roth, Bulach, 30 Punkte;

4. Altersklasse (über 35 Jahre): 1. Gitt, Karlsruhe, 59 Punkte, 2. Schweimler, Rintheim, 49, 3. Schneider, Aue, 37, 4. Deusch, Karlsruhe, 36 Punkte;

5. Turnerinnen: 1. Bübler, Karlsruhe, 43 Punkte, 2. Conzelmann J., Pforzheim, 39, 3. Conzelmann E., Pforzheim, 37, 4. Gilt, Karlsruhe, 32, 5. Gager, Pforzheim, 31, 5. Krauß, Karlsruhe, 31, 6. Vogelmann, Karlsruhe, 24, 7. März, Karlsruhe, 16, 8. Wöhringer, Karlsruhe, 15, 9. Steiner, Karlsruhe, 12 Punkte;

6. Schüler: 1. Matern, Pforz, 45 Punkte, 2. Kant, Pforz, 42, 3. Schaf, Pforz, 37, 4. Rißmann, Pforz, 36, 5. Pfeifer, Karlsruhe, 34, 5. Heil, Forchheim, 34, 5. Jöller, Bulach, 34, 6. Stein, Karlsruhe, 31, 7. Schneider, Pforz, 30, 8. Rüd, Mörch, 29, 8. Riedle, Karlsruhe, 29, 9. Schöple, Bulach, 28, 10. Vöb, Bulach, 26, 10. Schröder, Forchheim, 26, 10. Wöhringer, Karlsruhe, 26 Punkte.

Ergebnis der Wettkämpfe. Faustball: Mörch I — Darland I 36:34, Forchheim I — Bulach I 61:44, Bulach I — Darland I 38:32, Rintheim konnte wegen Erkrankung einiger Spieler zum Entscheidungsspiel nicht antreten, so daß Forchheim stimpflos Bezirksmeister wurde. Forchheim II — Bulach II 18:17, Mörch II — Aue II 29:30, Entscheidungsspiel Aue Bezirksmeister II. Mannschaft, Karlsruhe I — Aue I 40:36, Pforz — Karlsruhe, Turnerinnen, 30:18.

Schlagballwettkampf: Bulach — Pforz 22:21.

Baden.

Schaffung einer bad. Landesstelle für Textilwirtschaft in Berlin. In der letzten Verammlung der Handelskammer für die Kreise Lorch und Waldshut teilte der neue badische Bundesratsbevollmächtigte Ministerialrat Dr. Fecht u. a. mit, daß der badischen Regierung gelungen sei, die Schaffung einer badischen Landesstelle für Textilwirtschaft in Berlin durchzuführen. Es sei zu hoffen, daß der Standpunkt der bad. Regierung, daß Handel und Industrie frei werden müßten und zwar möglichst schon in der Uebergangszeit, recht bald verwirklicht werde. — Dieser Standpunkt des Bundesratsbevollmächtigten dünkt uns eine recht einseitige Vertretung der Interessen Badens, denn der übergroße Teil der badischen Bevölkerung will von diesem „frei werden“ von Handel und Industrie, was doch zu deutsch nur beschränkte Freiheit im Profit machen bedeutet, nichts wissen.

Ueber die Ausnützung der Wasserkräfte des Oberrheins bestehen bekanntlich zwischen Deutschland und der Schweiz noch Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob Kanalisierung oder Regulierung des Rheinstroms, wobei man in der deutschen Angrenzungsstaaten sich für die Kanalisierung, in der Schweiz sich aber bisher nur für eine Regulierung durch Vertiefung der Fahrtrinne ausgesprochen hat. Einer Zuzustimmung des „Seidels. Tagbl.“ ist zu entnehmen, daß über die Fragen demnächst Verhandlungen zwischen der deutschen Reichsregierung im Verein mit den beteiligten Bundesregierungen (vor allem Baden und Elsaß-Lothringen) und der schweizerischen Regierung beginnen werden.

Nachmaliger Zusammentritt des Landtags. Dem Landtag soll noch ein Biersteuergesetz und eine Ergänzung des Einkommensteuergesetzes vorgelegt werden. Dazu soll die Budgetkommission der Zweiten Kammer vom 16. August ab ihre Beratungen beginnen, so daß um den 22. August die Zweite Kammer sich mit diesen beiden Gesetzen befassen kann. Am 22. August soll die Verfassungsfeier stattfinden.

Zur Verfassungsfeier wird Studentent Dr. Robert Goldschmidt-Karlsruhe eine Geschichte der badischen Verfassung schreiben, die im Umfange von etwa 200 Seiten im Verlage der Braunischen Hofbuchdruckerei erscheinen wird. Zu der Verfassungsfeier von 50 Jahren hatte Archibildirektor Friedrich von Beech eine badische Verfassungsgeschichte geschrieben.

Die 14. Generalversammlung des Vereins für die Schifffahrt auf dem Oberrhein tagte am Samstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. W. Staufacher (Wafel), außerordentlich stark besucht im Grohratsaal in Wafel. Auch aus Deutschland und zum ersten Mal aus Holland waren Delegationen erschienen. Die Zahl der Mitglieder des Vereins hat im Berichtsjahre um 175 zugenommen und beträgt rund 750. Das Verbandsorgan „Rheinquelle“, erscheint jetzt in einer Auflage von 5000. Anschließend an die geschäftlichen Verhandlungen fand eine öffentliche Versammlung statt über die Frage der Rheinegulierung auf der Strecke Straßburg-Basel, zu der Nationalrat Gelphe (Wafel) eine Reihe von Leitfäden aufstellte, die die Frage eingehend behandeln und zum Schluß gelangen, daß das Kanalisierungsprojekt ohne die Regulierung des Stromes zu keiner praktischen Lösung der Schifffahrtsfrage führen kann. Eine von Dr. Betsch (St. Gallen) eingebrachte Entschlieung, die den Bundesrat auffordert, dafür einzutreten, daß der Rheinschiffahrtsakte strikte nachgelebt werde, fand keinerlei Widerpruch.

4. Durlach, 11. Juli. (Telefon.) Am letzten Dienstag, abends 7 Uhr, ist der 11 Jahre alte Volksschüler Ludwig Huber von hier beim Baden in der Pfing auf Gemarkung Grödingen ertrunken. Die Leiche wurde geborgen.

* Rastatt, 11. Juli. In einer hiesigen Fabrik wurde ein 36-jähriger Schlosser von Grünwinkel durch mehrere umfallende Schiebeläden von Eisenbahnwagen sofort getödet.

Gernberg bei Triberg, 10. Juli. Im Alter von 69 Jahren ist der Leiter der hiesigen Höheren Bürgerschule, Oberrektor Hummel, der Vater des Landtagsabgeordneten Hummel gestorben.

Felt-Weierbach, 7. Juli. Am Samstagabend etwa 11 bis 12 Uhr wollten zwei Männer in Soldatenkleidung im Hause des Karl Buchert ein Raub entföhren. Sie hatten es in die Scheuer neben der Stallung gebracht. Eine Person, die um diese Zeit nach Hause kam, bemerkte etwas in der Scheuer. Auf sofortiges Eingreifen von Leuten nahmen die Diebe Reißaus. Das Raub hat noch gelebt.

menten!

Aus der Partei.

10. bad. Reichstagswahlkreis (Karlsruhe-Bruchsal). Wir er-
reichen die 60. Verfassungsteile und hoffen wiederholt,
frühzeitig abzuschließen. Das Material ist in Händen der
Kassierer.
Der Vorstand, J. M. H. Hebe.
Dursach, 10. Juli. Berichtung. In unserem gestrigen Be-
richt über die Parteiverammlung ist infolge undeutlicher Schrift
im Manuskript der Name eines Delegierten zum Parteitag falsch
angegeben. Es ist dies nicht der Genosse Roppert, sondern
Boschert, der zum Delegierten gewählt wurde.
Ettlingen, 10. Juli. Sozialdemokratischer Ver-
ein. Nächsten Samstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, findet bei
Jesse eine Versammlung statt. Wir ersuchen unsere Mitglieder
und Freunde um zahlreich und pünktlichen Besuch. Außer
Berichterstattung über den Vorschlag wird über die „Wohnungs-
frage“ gesprochen. Gerade letztere Frage ist von großer und
wichtiger Bedeutung. Die Verhältnisse in Ettlingen müssen
den letzten Arbeiter aufrechten und ihn veranlassen, mitzuhelfen,
dass hier andere Zustände kommen. Unsere Vertreter können nur
erfolgreich arbeiten, wenn hinter ihnen die Organisation steht.
Bis Parteigenossen, erscheint pünktlich und zahlreich. Agitiert für
die Versammlung!

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 11. Juli.
Wann kommt Hilfe gegen die Mietsteigerungen?
Wir berichten jetzt fast täglich über den systemati-
schen Fortgang der Mietsteigerungen und immer entschei-
dender drängt sich die Frage auf: wann geschieht endlich etwas?
Seute seien nur ein paar Tatsachen zusammengefasst.
Am 24. März 1918 stellte die „Badische Verbrauchertagung“
die Forderung nach einem Ausbau des Mieterschutzes auf,
wonach ein Genehmigungsrecht für Mietsteigerungen und Kün-
digungen durch die Mietvereinsämter kommen soll. Am
5. Juni richtete der Verbraucherschuss an das stellv. Ge-
neralkommando das Ersuchen, in ähnlicher Weise wie
in Bayern und in anderen Bezirken durch militärische Erlasse
die ungerechtfertigten Mietsteigerungen und willkürlichen Kün-
digungen zu unterbinden.
Es war dort dringend darauf hingewiesen, wie wichtig ein
derartiger Erlass vor dem 1. Juli sei. Gegenüber den Beden-
ken, die gegen ein diesbezügliches militärisches Eingreifen
von Interessenten-Seite erhoben wurden, erklärte General
v. Wisberg am 9. Juli im Reichstag:
„Die Beschlüsse der Mietkündigungs- und
Steigerungsverbote erfolgten auf Antrag und im

Einverständnis mit den Zivilbehörden, um einer durch Mis-
senföndigung und Mietsteigerungen bis zu 45 Prozent ent-
standenen Wohnungsnot und der daraus folgenden schweren
Beunruhigung der Bevölkerung im Interesse der Sicherheit
des Reiches so schnell als möglich abzuhelfen. Die Militär-
befehlsgeber sind zweifellos auf Grund des Belagerungsge-
setzes zum Erlass derartiger Beschlüsse berechtigt.“
Nach den Erklärungen des badischen Finanzministers
besteht bisher noch keine genaue Uebersicht über den Umfang
der Mietsteigerungen. In äußerst dankenswerter Weise hat
der hiesige Verbraucherschuss nun eine derartige
Untersuchung gemacht. Das Ergebnis ist geradezu erschreckend.
Annähernd 600 Fälle sind ihm bereits mitgeteilt worden. Die
Erhöhungen betragen 185 Mal 10 bis 15 Proz., 61 Mal 15
bis 20 Proz., 38 Mal 20 bis 25 Proz., 17 Mal 25 bis 30 Proz.,
7 Mal 30 bis 35 Proz., 6 Mal 35 bis 40 Proz. und in 10 Fäl-
len sogar eine Steigerung über 40 bis 50 Proz. Für die
Steuerkraft und die Kaufkraft der Bevölkerung bergen solche
maßlosen Mietsteigerungen die allerbedenklichsten Folgen in sich.
Die Hausbesitzer haben „gute Konjunkt-
ur“. Sie wissen, daß der Mieter bis über die Grenzen
seiner Leistungsfähigkeit geht, nur um nicht auf die Straße
gesetzt zu werden. Auf dem Wohnungsmarkt gibt es ja keine
Wohnungen mehr! Wir lesen, daß die Wohnungssuchenden
20 und 50 Mark Belohnung in hiesigen Tageszeitungen aus-
schreiben. Wir erfahren, daß sie „trotz Kinderlosigkeit“
überhaupt keine Angebote erhalten.
Wir weisen schon darauf hin, daß die Hausbesitzer ener-
gisch Propaganda gegen die Maßnahmen des Verbrauchers-
ausschusses machen, der freiwillig die Anwaltschaft für die
schutzlosen Mieter übernommen hat. Täglich erwar-
ten wir mit Spannung die Beantwortung der öffentlich ge-
stellten Frage: warum der Hausbesitzerverein gegen eine
bestehende Genehmigungspflicht bei Mietsteigerungen und
Kündigungen ist, wenn er doch selber „nur gerechtfertigte“
Mietserhöhungen will?
Mit ihrer Antwort wird die Hausbesitzerorganisation zei-
gen, ob sie nicht nur mit Worten, sondern durch eine Tat
Mietwucherer in ihren Reihen auszuschließen im Ernste
gewillt ist. Noch scheint es, als ob man hier allgemein
die Lage ausnützen wolle und als ob die Hausbesitzerorgani-
sation selber die günstige Gelegenheit zu benützen, anraten.
Wie „Heddy“ die Lage der Hausbesitzer ist, beweisen die
vielen Verkaufsangebote von „rentablen“ und „gutrentieren-
den“ Häusern in den hiesigen und anderen Tageszeitungen.
Noch eine Frage an den „Verband der Badischen Grund-
und Hausbesitzervereine“: Nach Zeitungsberichten hat dieser
Verband auf seiner Tagung am 30. Juni 1918 in ein-
stimmig angenommener Entschloßung gefordert, daß die

Mietvereinsämter durch Behörden mit Zwangsbefugnis
sobald als möglich aufzuheben seien! Ist das
wahr, zu einer Zeit, wo die Mietvereinsämter sich be-
währen und weiter ausgebaut werden müssen, dann ist es
ein ganz deutlicher Beweis, daß die Hausbesitzervereine ein-
fach „freies Spiel“ haben wollen. Warum zögert die Mil-
itärbehörde und das Ministerium des Innern
noch mit Maßnahmen, die zur eiligen Notwendigkeit gewor-
den sind? Wann kommt endlich in Baden, was anderwärts
bereits zum Segen der Bevölkerung besteht?
Ein militärisches Verbot für Mietsteigerungen. Im Be-
reich des 2. und 7. Armeekorps (Stettin und Münster) wurde
wie bekannt, von den stellv. Generalkommandos aus Anlaß der
ungewöhnlich großen Zahl von Mietsteigerungen militä-
risch bekümmert, daß Kündigungen von Wohnungen
nur zulässig sind, wenn die Mietvereinsämter die
Genehmigung zur Kündigung erteilt haben. Der
Stettiner Erlass hat rückwirkende Kraft und bezweckt einen
besseren Schutz der Mieter gegen die willkürlichen Mietstei-
gerungen. — Wie wir hören, hat auch für Baden der Kriegsaus-
schuss für Konjumenteninteressen in Karlsruhe schon anfangs
Juni eine entsprechende Eingabe an das stellv. Gene-
ralkommando gerichtet.
Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 1/2 Uhr. Treff-
punkt 1/2 9 Uhr am Rinfenheimer Tor. Bei ungünstiger Wit-
terung im Lokal.
Auszeichnung. Gefr. Böttle von hier, in einem Land-
sturm-Batt., hat das Eisenerz Kreuz 2. Kl. erhalten.
Für die Großherzog-Geburtsstiftung sind an größeren
Gaben beim Landesverein vom Roten Kreuz eingegangen: Von
Max Eggen fürst zu Fürstenberg, Donaueschingen 5000
Mark, Herr G. Zommler 20000 Mark, Herr Geh. Hof-
rat Dr. Bendler, hier 1000 Mark, Frau Oberbürgermeister
Rauter, hier 500 Mark.
Aus Furcht vor Strafe aus dem Fenster gefahren. Ein 15
Jahre alter Lehrling, welcher sich das Sparfahnenbuch seiner Er-
tern aneignete, sprang gestern Nacht, als er sich entbedt sah, aus
dem Fenster der im 2. Stockwerk eines Hauses der Rheinstraße
gelegenen elterlichen Wohnung auf die Straße, zog sich innere
Verletzungen zu und fand Aufnahme im Krankenhaus.
Wasserstand des Rheins.
Schifferinsel 2,87 Meter, gefl. 7 Zentimeter; Reßl 3,16 Meter,
Magau 4,73 Meter, gefl. 3 Zentimeter; Mannheim 3,87 Meter,
gef. 4 Zentimeter.
Verantwortlich: für den redaktionellen Teil Hermann Kadel;
für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Post-
fach 24.

Städtisches Konzerthaus.
Donnerstag, den 11. Juli 1918, 8 1/2 Uhr
Drei arme Teufel.
Allgemeine Kranken- und Sterbekasse
der Metallarbeiter (V. a. G.)
Filiale Karlsruhe.
Sonntag, den 14. Juli 1918, vormittags 9 Uhr findet im
Saal der Restauration zum „Auerhahn“, Schützenstr. 58
Mitgliederversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers.
2. Bericht der Revisoren.
3. Ergänzungswahl der Ortsverwaltung.
4. Wahl eines Abgeordneten zur Generalversammlung in
Augsburg.
Die Wahlzeit für die Abgeordnetwahl ist von 9 Uhr mor-
gens bis 12 Uhr mittags festgesetzt und haben die Mitglieder
bei der Wahl das Mitgliedebuch als Ausweis mitzubringen,
ohne Buch kann nicht gewählt werden.
Jeder wählt, keiner fehlt!
Mit Gruß
Die Ortsverwaltung.

Zahlung der Staatssteuer.
Das 3. Viertel der Vermögens- und Einkommenssteuer
muss spätestens am 15. Juli entrichtet werden. Vom 16. Juli
an werden Verzugsgebühren und vom 23. Juli an Pfän-
dungsanordnungsgebühren erhoben. Gemahnt wird nicht. Man
gähle bargeldlos.
Finanzamt Karlsruhe. — Hauptsteueramt Karlsruhe. —
Finanzamt Bretten. 4108

Fröbel-Seminar des Badischen Frauenvereins.
Karlsruhe, Hirschstraße 126.
Kursus für Jugendleiterinnen mit Abschlussprüfung unter
staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 Jahr. Auf-
nahmebedingungen: Staatlich anerkannte Prüfung als Kinder-
gärtnerin und 1 Jahr prakt. Arbeit in Kindergärten, Horten und
ähnlichen Anstalten.
Kursus II für Kindergärtnerinnen gleichfalls mit Abschluss-
prüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer
1 1/2 Jahre. Aufnahmebedingung: 10 Kl. höhere Mädchenschule.
Aufsicht und Prospekte: Hirschstraße 126.
Geschäftsstunden: Montags, Dienstags, Donnerstags und
Freitags von 3-4 Uhr. 3504
Der Vorstand der Abteilung II des Bad. Frauenvereins.

Grüne Erbsen.
Auf Grund unserer Bekanntmachung vom 8. Juli 1918 rufen
wir hiermit die nachfolgenden Nummern der ausgegebenen
Anweisungen zur Abnahme der Erbsen wie folgt auf:
1. Ausgabestelle alte Bahnpfost, Kriegstraße 5a.
a) Donnerstag, den 11. Juli:
Nr. 8000-8500 vormittags 8 1/2-11 1/2 Uhr,
Nr. 8501-9000 nachmittags 2 1/2-5 1/2 Uhr.
b) Freitag, den 12. Juli:
Nr. 9001-9500 vormittags 8 1/2-11 1/2 Uhr,
Nr. 9501-10 000 nachmittags 2 1/2-5 1/2 Uhr.
c) Samstag, den 13. Juli:
Nr. 10 001-10 500 vormittags 8 1/2-11 1/2 Uhr,
Nr. 10 501-11 000 nachmittags 2 1/2-5 1/2 Uhr.
2. Ausgabestelle Bismarckstraße 43, in dem Anwesen der
Fogelwirtsch. von Eckardt u. Sege.
a) Freitag, den 12. Juli:
Nr. 1-500 vormittags 8 1/2-11 1/2 Uhr,
Nr. 501-1000 nachmittags 2 1/2-5 1/2 Uhr.
b) Samstag, den 13. Juli:
Nr. 1001-1500 vormittags 8 1/2-11 1/2 Uhr,
Nr. 1501-2000 nachmittags 2 1/2-5 1/2 Uhr.
Genaue Beachtung der Ausgabestellen und der Zeit ist
dringend notwendig. Die Anweisungen und Packmaterial, so-
wie das abgezahlte Geld sind mitzubringen.
Karlsruhe, den 10. Juli 1918. 4111
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kurland-Ausstellung
des Deutschen Ausland-Museums und
Instituts Stuttgart. 4110
Grossh. Karlsruhe Hans
Orangerie Thoma-Str.
vom 6.-22. Juli, täglich von 10-7 Uhr. Tel. 1000.
Eintrittspreis: 50 Pfg. Kinder Soldaten 20 Pfg.
Wegen Behinderung der Vortragenden fällt
der für Freitag abend angekündigte Vortrag aus.

Aerztliche Anzeige.
Nach meinem Ausscheiden aus dem Lazarettendienst
habe ich meine ärztliche Tätigkeit in vollem Umfang
wieder aufgenommen. 4115
Sprechstunden: wochentäglich, ausgen. Samstags,
2 1/2-4 Uhr nachm. Mittwochs nur nach Uebereinkunft.
Auswärtige Kranke bitte ich um vorherige Anmeldung
unter Fernruf 1001.
Dr. Claus, Sofienstr. 9, nächst Karlstor.

Militär-Urlauber
finden fortwährend Beschäftigung
auf meinem Holzlagerplatz, Schlachthoffstr. 5.
Carl Finkelstein 4039
Holz- und Kohlenhandlung.
Eisendreher
Hilfsarbeiter
Frauen für Maschinenarbeit
finden bei uns sofort Arbeit.
Geiger'sche Fabrik G. m. b. H.
8756 Karlsruhe, Augartenstraße 51.

Tätige HeizungsMonteure
im bad. Schwarzwald sofort gesucht. Offerten sind zu
richten an
Dipl.-Ing. Mayer, Donaueschingen. 4106

Städt. Vierordtbad
Versch. Kurbäder
Halb-, Sitz-, Fuss- und
Wechselbäder, Duschen,
Wickel (Packungen) und
Massagen, Dampf- und
Heissluftkastenbäder etc.
Damenbadezeit: „Montag
u. Mittwoch vormitt. 7
bis 1 Uhr und Freitag
nachm. 8 bis 8 1/2 Uhr.
Herrenbadezeit: „Alle
übrige Zeit. Samstags
bis abends 9 1/2 Uhr und
Sonntags geschlossen.“
Gewerkschafts-Kartell
Karlsruhe.
Donnerstag, den 11. Juli
abends 8 1/2 Uhr, in der Ge-
werkschafts-Zentrale, Kaiser-
straße 13
Vertreter-
Versammlung
Tagesordnung:
1. Mitteilungen.
2. Festlegung d. stellv. Beiräte.
3. Die amtliche Wohnungsliste.
In Anbetracht der außer-
ordentlich wichtigen Tagesord-
nung bitten wir dringend um
vollständiges und pünktliches Er-
scheinen. 4088
Die Kartellkommission.

Taschenuhren
auch reparaturbedürftig, kauft
Levy, An-u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22. 3702

Die
ausgefüllt
Stiftungs-
bedeutend
gibt keine
fines Thea-
tard, in d
aufgelat un
len wird,
man da ni
neuen Spi
das uns an
die humori
getobt, ebb
rörer grauf
nen und
Kriegsdrum
schen Zwit
bühen un
bensberei
willigkeit d
so reden si
George un
reden und
Nührung t
losigkeit, di
und Läm
„Anderen“
nem Kofler
Gepalter d
grimmig d
London un
umfassende
all die, die
Protatione
pienzängig
kommen es
so allumfö
Schwindel
Wir im
schen Zwit
entpreden
Boll mit
Wir bieten
oder den
den gleich
Weien, daß
dere Grund
fen und A
bricht Mo
aller Fried
aller Krieg
Dienstags
nung der e
trachend
darauf der
ihnen wied
Siegesglöc
hülle nicht
stellungen
schon ist es
er, der M
punkt der
ernsthafte
gen würd
hendem wi
mit allem
wie vertran
Satz aufbe
nützig, hie
schen wird
hagen, dem
den geben
ja beinahe
reichen, das
Da hat sid
gehört. —
um einzige
fahren ob
in dünne
am Ende i
Bollkon
seigen. F
zur Verfü
sekretärs-
ausgeseh
schen Zwit
em-wette